



# BERLINER Demografie FORUM

**2019 Vielfalt – Gleichwertigkeit – Zusammenhalt  
Perspektiven für Deutschland und Europa**

## 8. Berliner Demografie-Forum (BDF), 21.-22. Januar 2019

### Dokumentation

- 3 **Vorwort**  
Franz Müntefering/Ulrich Lilie
- 4 **Gesellschaften unter Druck: Zusammenhalt  
in Zeiten beschleunigten Wandels**  
Dr. Wolfgang Schäuble
- 9 **Solidarität 4.0! Wie den Gefährdungen des  
sozialen Zusammenhalts in der „onlife“-  
Gesellschaft zu begegnen ist.**  
Prof. Dr. Peter Dabrock
- 16 **Bevölkerungsvielfalt jenseits von Ethnizität**  
Einsichten aus dem Berliner Schlossgespräch und  
dem 8. Berliner Demografie-Forum

Impressum  
Diakonie Deutschland  
Evangelisches Werk für  
Diakonie und Entwicklung e. V.  
Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin  
www.diakonie.de  
Redaktion:  
Dr. Christian Oelschlägel  
Silke Römhild  
Diakonie Deutschland  
T +49 30 652 11-1780  
redaktion@diakonie.de

<https://www.berlinerdemografieforum.org>

## Vorwort

Unsere Gesellschaft wird vielfältiger, auch wenn demografische Entwicklungen regional sehr unterschiedlich verlaufen. Eine besondere Herausforderung wird künftig darin bestehen, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt und gleichwertige Lebensverhältnisse sowie eine gerechte Chancenverteilung sichergestellt werden können. Nur wenn wir die sich wandelnde Heterogenität unserer Gesellschaften untersuchen, können wir verstehen, wie sich soziale Ungleichheiten entwickeln und sich sozialer Zusammenhalt verändert.

Das Berliner Demografie-Forum 2019 hat unter dem Tagungsthema „Vielfalt – Gleichheit – Zusammenhalt“ am 21. und 22. Januar 2019 die sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen dieser Entwicklung thematisiert. Über 60 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft haben in vier Panels aktuelle Trends analysiert und Lösungsansätze diskutiert. Als eine Dialogplattform für Fachleute aus aller Welt hat das BDF auch in diesem Jahr Teilnehmende aus mehr als 15 Nationen zusammengebracht.

Erstmals hat das BDF in Verbindung mit dem neuen Format Berliner Schlossgespräch stattgefunden, das von Population Europe mit Unterstützung des Förderfonds Wissenschaft in Berlin und des Stifterverbands organisiert worden ist. Dieses erste Berliner Schlossgespräch stand am 21. Januar 2019 unter der Überschrift „Population Diversity als Zukunftstrend – Antworten der Wissenschaft“ und versammelte Experten aus ganz Europa in der ESMT Berlin.

Wir freuen uns, dass wir Ihnen im Folgenden die Keynotes des 8. Berliner Demografie-Forums von Herrn Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestages, sowie von Herrn Prof. Dr. Peter Dabrock, Vorsitzender des Deutschen Ethikrates, zur Lektüre und Weiterarbeit zur Verfügung stellen können. Herzlich danken wir Population Europe für die Erstellung eines Tagungsberichtes, der einen Einblick in die Themen und Diskussionen des BDF 2019 gibt.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und weiterführende Einsichten.



Franz Müntefering  
Bundesminister a.D.,  
Vorsitzender des Beirates des BDF



Ulrich Lilie  
Präsident der Diakonie Deutschland,  
Mitglied des Beirates des BDF

## Gesellschaften unter Druck: Zusammenhalt in Zeiten beschleunigten Wandels

Dr. Wolfgang Schäuble

Wir leben in unruhigen Zeiten.

Können wir die Herausforderungen meistern? Oder erlebt gerade das Modell des ‚Westens‘ – also Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit – eine existenzgefährdende „Systemüberlastung“? So wie 1989 der Kommunismus?

Das sind nicht meine Fragen. Sie stellt Hans Magnus Enzensberger – und kommt zu dem deprimierenden Befund, auch dem Westen habe „die Stunde geschlagen“. Seine baldige Selbstzerstörung sei sogar wahrscheinlich.

Der Schriftsteller traf diese Einschätzung allerdings nicht heute oder gestern, sondern bereits vor 26 Jahren – in seinem Buch „Aussichten auf den Bürgerkrieg“. Darin prophezeite er den westlichen Gesellschaften als ‚Sieger‘ des Kalten Krieges zunehmende demographische Probleme, wachsende soziale Spannungen und nachlassenden Zusammenhalt. Immer mehr ich-bezogene Gruppen würden zu Gewalt greifen, um ihre Interessen durchzusetzen. Es drohten „kollektive Amokläufe“ – zuerst in den Metropolen, namentlich „in Paris und Berlin, in Detroit und Birmingham, in Mailand und Hamburg.“

Zum eskalierenden Flächenbrand, den Enzensberger an die Wand malte, ist es bislang zum Glück nicht gekommen. Aber zu blutigen Unruhen in gespaltenen Gesellschaften und zu gewaltsamen Protesten von links und rechts schon – in den USA, in Europa, auch bei uns in Deutschland. Die Krawalle beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg und rechts-extremistische Ausschreitungen stehen dafür. In Frankreich sieht sich die Regierung seit Monaten heftigen Attacken der ‚Gilets jaunes‘ ausgesetzt. Dennoch: Wir sollten uns der Schwarzmalerei über die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften nicht ergeben – selbst wenn sie von einem unbestritten klugen Kopf stammt. Im globalen Vergleich erweisen sich die westlichen Demokratien noch immer als Hort von Stabilität, Wohlstand und sozialer Sicherheit. Die Antwort auf Schwarzmalerei ist jedoch auch nicht die ‚Rosarote Brille‘, sondern der nüchterne Blick auf die Wirklichkeit.

Und da spüren wir doch alle: Unsere, die offenen Gesellschaften stehen tatsächlich unter Druck, die freiheitlichen Demokratien werden einem Stresstest unterzogen. Grund dafür sind tiefgreifende Veränderungen in vielen Lebensbereichen – und das in immer schnellerem Tempo. Mit der Folge, dass im Bewusstsein der Menschen die Chancen, die jeder Wandel bietet, gegenüber den womöglich damit verbundenen Risiken zurücktreten. Veränderungen werden nicht mehr als normal empfunden, geschweige denn als positiv. Sie wirken vielmehr verstörend und auf viele disruptiv – mit weitreichenden Konsequenzen für den einzelnen Menschen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Gefühl breitet sich aus, dass etwas aus den Fugen geraten ist. Dass die Welt uns immer näher rückt, und sich dadurch unsere vertraute Um-Welt grundlegend verändert. Dass auch wir Verlierer des globalen Wettbewerbs werden könnten.

Obwohl es unserem Land gegenwärtig objektiv so gut geht wie nie zuvor und die meisten Menschen dies auch so sehen, beherrscht viele die Angst, unseren Kindern und Enkeln werde es schlechter gehen. Dominiert Zukunftspessimismus. Die Freiheiten, die wir in unseren offenen Gesellschaften haben, durch die Globalisierung und die neuen Kommunikationsmittel, können überfordern. Glück und Zufriedenheit der Menschen entscheiden sich eben nicht alleine an der Frage, wie viele und welche Autos in der Garage stehen. Nicht daran, wie viele Reisen man sich leisten kann, in die exotischsten Länder der Welt. Nicht einmal daran, wie viele „Likes“ man in Sozialen Medien sammelt. Glück und Zufriedenheit der Menschen entscheiden sich daran, ob man sein Leben so führen kann, dass man mit sich im Einklang ist. Dass man Bindungen erfährt, sich verwurzelt fühlt, geborgen ist, dass man Halt hat, ein Zuhause. Es gibt doch das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, den Drang, sich zu identifizieren mit etwas.

Das ist keine Frage des Entwicklungsstandes eines Landes, das ist eine anthropologische Konstante. So ist der Mensch. Er fürchtet und fühlt Entwurzelung hier genauso wie in Ländern, denen es materiell schlechter geht als uns.

Wohlstand und auch Armut sind sehr relative Begriffe, so wie das Glück. Der Hinweis auf unseren Wohlstand, erst Recht im internationalen Vergleich, löst deshalb die Probleme nicht. Und die Zahl materieller Güter weiter zu mehren, macht allein auch

noch nichts besser. Das ist eine Fehleinschätzung, der die Politik allzu gerne erliegt. Thorstein Veblen, der aus Skandinavien stammende Vater der US-amerikanischen Institutionenökonomie, erkannte bereits 1899, dass es für die meisten Menschen nicht wichtig ist, genug zu haben, sondern vor allem mehr zu haben als der Nachbar!

Demgegenüber braucht es den gestalterischen Willen, eine Balance zu finden zwischen Wohlstandsmehrung und gerechter Verteilung. Zwischen unaufhaltsamer Veränderung und notwendigem Halt. Verantwortliche Politik muss den Menschen das Gefühl geben, dass ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden: Sicherheit, der Erhalt sozialer Bindungen, Zusammengehörigkeit.

Gerade europäische Gesellschaften zeichnete doch lange eine Kultur der Mäßigung aus, in Deutschland wirkmächtig durch die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Die Freiburger Schule konzentrierte sich auf den Menschen und seine Bedürfnisse und ihr Kanon ordoliberaler Regeln garantierte über viele Jahrzehnte den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit Maß und Mitte als Leitprinzip. Mit dem Anspruch: Nichts übertreiben. Das braucht es auch heute. Und dazu: Mehr Gelassenheit gegenüber dem Wandel! Statt uns von der äußeren Hektik beschleunigter Veränderungen anstecken und verunsichern zu lassen, müssen wir uns auf das Wesentliche konzentrieren, dem Wandel Gestalt geben, ihn auch entschleunigen, wo das möglich ist. Es braucht wieder mehr Langsamkeit – im Sinne Solons, des antiken Gesetzgebers, der es für klug hielt, ein Land nicht schneller verändern zu wollen, „als das Volk ertragen kann.“

Kurz: Auch im Wandel muss der Mensch Mensch bleiben können.

So muss der Wandel gestaltet werden. Damit die Menschen Schritt halten, mit den Veränderungen fertig werden können.

Das gilt national wie global.

Wir müssen den technologischen Fortschritt, wie wir ihn erleben, und die fortschreitende Entwicklung in anderen Regionen der Welt mit dem Befinden der Menschen in Einklang bringen. Um sie nicht zu überfordern. Um sie ernst zu nehmen: Mit ihren Traditionen, ihrer Kultur.

Umso mehr, als die Gleichzeitigkeit weltweit sehr ungleicher Zustände die Situation noch verschärft. Die globale Verfügbarkeit von Informationen in Echtzeit verstärkt die zumindest subjektive Wahr-

nehmung von sozialen Unterschieden und Ungleichheiten – innerhalb unserer Gesellschaft, aber auch zwischen den westlichen Gesellschaften und anderen Regionen der Welt.

Was an einem Punkt der Erde passiert, hat längst vielfältige Auswirkungen auch auf andere Länder, andere Wirtschaftsräume, Gesellschaften und Individuen. Mit den weltweiten Migrationsbewegungen und dem internationalen Terrorismus rücken uns Kriege und Konflikte, aber auch Ungleichheit und Perspektivlosigkeit in entfernten Regionen plötzlich sehr nahe.

Deshalb reden wir derzeit viel über die Folgen der Migration, nicht zuletzt für den Zusammenhalt in unseren Gesellschaften. Diese Verständigung ist enorm wichtig. Migration hat aber noch mehr Facetten. Sie betrifft nicht nur das Verhältnis von In- und Ausländern. Migration gibt es auch innerhalb von Staaten und Gesellschaften. Diese Binnenbewegungen sollten wir nicht vernachlässigen. Gerade mit Blick auf die besondere Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern.

Hier lösten Wanderungsbewegungen in den letzten Jahrzehnten gewaltige Veränderungen aus. Die Abwanderung jüngerer, gut ausgebildeter und bürgerlich geprägter Bevölkerungsgruppen hatte lange vor dem Fall der Mauer begonnen und zur Erosion der DDR beigetragen. Beides – die erhebliche Abwanderung und der spätere Zuzug von Westdeutschen, nicht zuletzt in Leitungsfunktionen – hat psychologische Auswirkungen. Auch daher rührt ein verbreitetes Gefühl von Heimatverlust und Zurücksetzung. Der Eindruck schwindenden Zusammenhalts.

Der unterschiedlichen Erfahrungen, die die Menschen nicht nur vor dem Mauerfall, sondern auch im Transformationsprozess nach der Wiedervereinigung gemacht haben, muss sich diese Gesellschaft ebenso stellen wie den unterschiedlichen persönlichen und kulturellen Prägungen der Zuwanderer. Einem Veränderungsprozess durch Globalisierung und Digitalisierung, der gerade seit 1989 immens an Tempo und Dynamik gewonnen hat.

Der Wunsch nach Überschaubarkeit, nach einem durch und durch solidarischen Miteinander ist menschlich, er findet sich heute in Ost und West genauso wie in Nord und Süd. In einer zersplitterten, individualisierten Welt sehnen sich viele nach einem Umfeld, in dem sich der Einzelne sicher und

gut aufgehoben fühlt. In eng begrenzten sozialen Kleingruppen. Unproblematisch ist das nicht. Der US-amerikanische Philosoph Michael Sandel spricht von kaum mehr kompatiblen Lebenswelten, die dabei entstanden – von denjenigen am oberen und denen am unteren Rand der Gesellschaft. Der deutsche Soziologe Andreas Reckwitz sieht ein neues Klassenbewusstsein. Das entwickle sich nicht mehr entlang von Besitzverhältnissen. Reckwitz zufolge erwächst das Klassenbewusstsein heute aus unterschiedlichen, maßgeblich kulturell bestimmten Lebensstilen. Die entscheidende Bruchstelle sei das Verhältnis zur globalen Welt: Ob man ihr mit Offenheit begegnet oder mit Furcht und Ablehnung.

Mit Blick auf den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt fordert Reckwitz deshalb, das Allgemeine müsse neu austariert werden gegenüber dem Besonderen, nach dem viele heute streben. Aber wie, wenn sich ein gemeinsamer Erfahrungs- und Diskursraum in der „Gesellschaft der Singularitäten“ aufzulösen scheint?

Die Hoffnungen, die in dieser Hinsicht in die technologisch gestützten neuen Kommunikationsmöglichkeiten gesetzt wurden, haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil. Sie sind längst der nüchternen Erkenntnis gewichen: Das Netz verschärft die Fragmentierung noch. Das Internet ist zum Medium verbal enthemmter Auseinandersetzungen geworden, wo der eigenen Meinung Wahrheitscharakter zugeschrieben wird. Hier tobt ein Glaubenskrieg der Vorurteile, der Kompromissen unzugänglich bleibt – und die Gesellschaft auseinandertreibt. Im schlechtesten Fall beginnt hier jene „Haßkultur“, die Enzensberger schon 1993 fürchtete.

Sandel hat daher Recht, wenn er es für die wichtigste zivile Aufgabe unserer Zeit hält, Orte und Gelegenheiten zu schaffen, wo sich Menschen aus unterschiedlichen Schichten und Herkunft wieder mischen und begegnen, um sich austauschen zu können. Wo sie miteinander kooperieren müssen. Denn es braucht Gemeinsinn. Wir müssen wieder raus aus den Echokammern und Filterblasen der digitalen Welt und auf Menschen direkt zugehen – analog und im realen Leben. Nur in solchen Begegnungen erweisen sich die Vorteile von Diversität, lassen sich Methoden friedlicher Konfliktlösung erlernen und bewahren. Im Staatssiegel von Sandels amerikanischer Heimat heißt es nicht umsonst: „E pluribus unum“, Einheit aus Vielfalt, Pluralität als

Voraussetzung und Unterpfand des Zusammenhalts – ein zeitloser Gedanke.

Wo Vielfalt herrscht, wird die Frage nach dem Verbindenden wichtiger. Integrierende Kraft entfaltet vor allem unser Grundgesetz – seit inzwischen 70 Jahren. Der freiheitliche Verfassungsstaat lebt aber nach der bekannten Formulierung Ernst-Wolfgang Böckenfördes von Voraussetzungen, die er selbst nicht zu schaffen vermag. Im klassischen Zielkonflikt zwischen Freiheitsanspruch und notwendiger Regulierung ermöglicht nur eine freiwillige Einordnung aus Gewissen, Tradition und Überzeugung – oder was auch immer – den immer neu zu gewinnenden Ausgleich. Es braucht Werte und Wertebindungen, einen inneren Zusammenhalt, ohne den auch eine moderne Gesellschaft in Freiheit nicht dauerhaft bestehen kann.

Vielfalt ist nicht nur ein Wort, um die gesellschaftliche Realität zu benennen. Sie ist ein Wert. Der Neugier fordert, Interesse am anderen, Austausch – auch um ihr das Bedrohliche zu nehmen, das manche dabei empfinden. Verschiedenheit zu akzeptieren, die Vielfalt legitimer Interessen, Blickwinkel und Meinungen anzuerkennen und die eigenen Vorstellungen nicht zum Maß aller Dinge zu erklären: Das ist der gedankliche Schlüssel, um ein Mehr an Gemeinsamkeit zu schaffen.

Wie wir miteinander leben wollen und mit anderen umgehen: Das ist auch eine Frage der Erziehung. Im Familiären erleben wir das Glück menschlicher Bindungen – und dass die Wünsche und Belange der anderen auch belastend sein können. Ohne den Willen, einander zuzuhören, ohne den Versuch, den anderen und seine Argumente zu verstehen, geht es nicht. In der Familie und gesellschaftlich. Wir müssen auch wieder verstärkt lernen, mit dem Nicht-Perfekten zu leben, mit dem Unzulänglichen umzugehen. Das heißt nicht, sich stumm zu fügen. Aber wir brauchen mehr Frustrationstoleranz. Mehr Demut. Das würde die Hitze, die Schärfe, das Konfrontative in unseren derzeitigen politischen Debatten mildern.

Meine Damen und Herren, unsere modernen Gesellschaften verlieren auch deshalb an Zusammenhalt, weil die Menschen mobiler sind als früher. Viele leben nicht an ihrem Geburtsort. Arbeit und Wohnung liegen oft weit auseinander. Die Eltern leben an einem Ende der

Republik, die Kinder am anderen, die mittlere Generation wieder woanders. Das ist Normalität. An unser Umfeld stellen wir aber die Erwartung, Halt zu geben. Herkunft und Alltagswelt prägen uns – Bundesland, Region und der Wohnort, dem wir uns verbunden fühlen.

Vor allem die Kommunen schaffen Nähe. Sie sind die Orte, an denen die Menschen wohnen, arbeiten, leben, Freundschaften pflegen. Hier entstehen soziale Netzwerke der analogen Welt in Vereinen, Kirchen, Gewerkschaften und Parteien.

In den Kommunen erleben wir aber auch unmittelbar den beschleunigten Wandel, der auch ein demographischer ist. Er wird vor Ort, in den Kommunen, konkret. Mit all seinen Problemen und Konflikten:

Wenn sich aus manchen Gegenden die Jüngeren verabschieden und nur die Älteren bleiben.

Wenn Menschen an einem Ort arbeiten, am zweiten wohnen und am dritten vielleicht ihre Familie haben.

Wenn sich die Lebensverhältnisse so ungleich entwickeln, dass sich Arm und Reich auf dem Stadtplan ablesen lassen und sich in manchen Stadtvierteln die Probleme ballen – weil dort die Ärmern, die weniger Gebildeten, die Zugewanderten wohnen. Das hat Konsequenzen: Der französische Sozialanalyst Christophe Guilluy zeigt, wie sich die Spaltung der Gesellschaften anhand von Wahlergebnissen auf Stadtplänen und Landkarten abbilden lässt.

Für den Einzelnen zeigt sich in den Städten und Gemeinden zuerst, was der Gesamtstaat zu leisten imstande ist. Die Zufriedenheit mit der Demokratie fängt hier an, mit der Zufriedenheit der Bürger mit dem öffentlichen Leben vor Ort.

Unser Grundgesetz postuliert in Artikel 72 die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Zurecht. Wir wissen: zu große Unterschiede werden als ungerecht empfunden. Sie gefährden die soziale Balance. Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht zu weit auseinandergehen. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind zwingende Voraussetzung für den sozialen Frieden.

Gleichwertigkeit heißt aber nicht Gleichheit. Das ist ein entscheidender Unterschied, der der Vielfalt unseres Landes Rechnung trägt. Ungleichheiten bestanden und bestehen – erst recht im föderalen Staat. Es muss einen Ausgleich geben, aber Unter-

schiede dürfen erhalten bleiben. Das Grundgesetz spricht seit 1994 auch nicht mehr von der „Wahrung“, sondern der „Herstellung“ gleichwertiger Lebensverhältnisse. Es verweist also auf einen in die Zukunft gerichteten dynamischen Prozess. Schließlich haben sich gerade Ungleichheiten immer wieder als Movens für gesellschaftliche Veränderungen erwiesen.

Wettbewerb führt zu einem Kräftemessen, das den Wohlstand mehrt. Oswald von Nell-Breuning, der Nestor der Sozialen Marktwirtschaft, forderte entsprechend Solidarität – aber nicht mehr, als die menschliche Natur dauerhaft zu geben bereit ist. Sonst sei die Balance gefährdet. Ich plädiere deshalb schon lange für mehr Mut zum Wettbewerb auch unter den Ländern. Das Streben nach immer stärkerer Vereinheitlichung widerspricht dem föderalen Gedanken. Denn Föderalismus heißt Wettbewerb.

Wettbewerb findet heute vor allem global statt. Er betrifft Güter, Dienstleistungen und Rohstoffe – materieller wie immaterieller Art. Besonders wichtig ist für Deutschland der „Rohstoff“ Wissen, das sogenannte Humankapital. Es ist Voraussetzung künftiger Erfolge auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Unser Wohlstand fußt darauf – und damit die hohen Standards unseres Sozialstaats, um den uns viele in der Welt beneiden.

Humankapital ist aber mehr: Es ist ein Schlüssel zu sozialem Zusammenhalt. So sehen es Soziologen, und dem trägt auch das Demographie-Forum seit langem Rechnung. Es investiert in Bildung und Forschung und prämiert – wie gleich im Anschluss wieder – Wissenschaftler, die sich mit den Veränderungsprozessen in Bevölkerung, Gesellschaft und Wirtschaft auseinandersetzen, Lösungswege aufzeigen.

Eine alternde Gesellschaft braucht immer mehr Fachpersonal, sie produziert es aber unzureichend selbst. Die frühere Familienministerin Ursula Lehr, selbst Sozialwissenschaftlerin, sprach übrigens lieber von „Unterjüngung“ einer Gesellschaft, was das Phänomen tatsächlich treffender beschreibt. Denn nicht dass wir älter werden, ist das Problem. Darin liegt im Gegenteil ein zivilisatorischer Fortschritt. Problematisch ist vielmehr: Es kommen zu wenig junge Menschen nach.

Wissenschaft und Sozialverbände fordern hier staatliches Handeln. Eine weitere Verbesserung

etwa der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und andere sozialpolitische Maßnahmen sind ein Weg. Zuwanderung ist ein anderer. Deutschland kann es sich nicht leisten, im globalen Wettbewerb um ausländische Arbeitskräfte nur Zaungast zu sein.

Die Welt ist heute arbeitsteiliger denn je. Nationale Abschottung, die manche fordern, um sich vor den Fliehkräften des globalen Wettbewerbs zu schützen, ist keine Antwort auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Isolationismus wäre eine Arznei, die schadet statt hilft. Wer sich ausschließlich auf nationale Belange konzentriert, begibt sich auf eine Spirale nach unten. An deren Ende steht unausweichlich das, was eigentlich vermieden werden sollte: Das Auseinanderdriften der Gesellschaft. Denn Abschottung bedeutet Stagnation. Und Stillstand ist in einer sich schnell wandelnden Zeit Rückschritt. Wer von der Substanz lebt, schafft keinen Wohlstand, er produziert Armut und verteilt den Mangel. Und wenn sich am Ende immer mehr Menschen als Verlierer fühlen, entsteht tatsächlich der soziale Sprengstoff, vor dem Enzensberger bereits 1993 warnte.

Politik muss einer solchen Entwicklung entgegen treten, durch verantwortungsvolles Handeln. Menschen erwarten einen aktiven Staat. Sie erwarten politische Führung. Dabei beginnt jede Reform mit dem ersten Schritt. Auch wenn es manchmal kleine Schritte sind: sie sind besser, als dass in falscher Perfektionserwartung Stillstand herrscht.

Es braucht aber auch bewusste und aktive Staatsbürger – und Bürgertugenden. Die aktuelle Bertelsmann-Studie über den Bürgersinn in der Einwanderungsgesellschaft gibt Anlass zu Optimismus: 90% der Menschen in unserem Land eint ihr Verständnis von dem, was einen guten Bürger ausmacht. Sie haben ein recht konkretes Bild davon, was Bürgertugenden sind. Gesetzestreue und Eigenverantwortlichkeit gehören unbedingt dazu.

Und Tugenden wie Anstand und Toleranz, über die wir nicht ohne Grund wieder verstärkt reden. Der Soziologe Richard Sennett beklagt, dass modernen Gesellschaften positive Ausdrucksformen für Respekt und Anerkennung über soziale Grenzen hinweg fehlten. Daran müssen wir arbeiten. Die Würdigung derer, die für die Gemeinschaft einstehen, ist eine politische und gesellschaftliche Aufgabe. Wollen wir sie lösen, müssen wir auch den Mut haben, Entwicklungen und Entscheidungen, die zu

diesem Mangel an Respekt und Würdigung geführt haben, zu hinterfragen. Das lässt unsere Demokratie zu. Sie erlaubt Lernfähigkeit und Fehlerkorrektur. Beides ist zutiefst menschlich – und kein Beweis von Schwäche, sondern von Stärke. Wenn wir uns dem stellen und die Gestaltungsaufgaben gemeinsam angehen, lassen sich auch in Zukunft jene Entwicklungen vermeiden, die Enzensberger prophezeit hat. Dann hat dem Westen „die Stunde“ noch lange nicht geschlagen. Dann liegen, im Gegenteil, weitere gute Jahre vor uns.

## **Solidarität 4.0! Wie den Gefährdungen des sozialen Zusammenhalts in der onlife-Gesellschaft zu begegnen ist**

Prof. Dr. Peter Dabrock

I.

Seit Jahren hört man die gleiche Klage über eine scheinbare Paradoxie: Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland sei gut, die Zahl der Beschäftigten wachse auf ein Allzeithoch, selbst sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten nähmen zu, die Zahl der Arbeitslosen halte sich seit Jahren in einem Rekordtief, die Kriminalität und Korruption sei gering. Auch wenn man an einzelnen Statistiken Zweifel hegen (wie bspw. an der Berechnung der Zahl der von Armut betroffenen Menschen) oder die Zukunft mit den meisten Prognosen der dafür beauftragten Institutionen (wie bspw. dem IMF) eingetrübt sehen mag, gilt in nüchterner Betrachtung – gerade auch im globalen Vergleich – gegenwärtig immer noch: Viel funktioniert in Deutschland, aber die medial verbreitete Unzufriedenheit im Lande scheint ständig zuzunehmen. Nach einer jüngst von FORSA im Auftrag von RTL und n-tv veröffentlichten Studie hat es kein Jahr gegeben, in dem das Vertrauen in die gesellschaftlichen Organisationen derartige Einbrüche erlebt hat wie im Jahr 2018. So mag man besorgt fragen: Hält der Sozialkitt – was immer damit gemeint ist? Ist die Demokratie mangels innerer Identifikation mit ihr gefährdet? Schaffen wir – wer immer ‚wir‘ ist – es in Deutschland und Europa, die Integrationsaufgabe zu bewältigen? Können wir den demographischen Wandel, der Alterung und gesellschaftliche Integration im Angesicht der Migrationsdynamiken umfasst, nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance begreifen? Und können wir Gestaltungsperspektiven für all diese Fragen entwickeln, obwohl sie sich im Kontext der nicht minder großen Herausforderungen von Klimawandel, Globalisierung, Energiewende und digitaler Transformation, die ihrerseits enorme Aufmerksamkeit absorbieren, aufdrängen?

Soziale Medien haben auf all diese Großkrisen und ihre oft unseligen wechselseitigen Verstärkungen einen beschleunigenden, einen katalytischen

und einen intensivierenden Effekt. Vor diesem Hintergrund erleben wir, vor allem in der Social Media-Kommunikation der „onlife“-Welt (ein Terminus, den der Oxforder Philosoph Luciano Floridi kreiert hat, um anzuzeigen, dass wir heute eigentlich permanent online sind und ‚offline‘ inzwischen eine privilegierte und artifizielle Lebensform darstellt – mit Augenzwinkern formuliert: „offline ist das neue Bio!“) wenig Bereitschaft, Zusammenhalt angesichts durchaus anstrengender Pluralität zu suchen. Verunsicherung, Radikalisierung in Gedanken, Verrohung in der Sprache und Spaltungsabsicht in der sozialen Interaktion nehmen besorgniserregend zu. Man sollte sich zwar hüten, zur Gegenwart hysterisch Weimar-Vergleiche zu ziehen – solches Raunen kann auch im Sinne der Selffulfilling Prophecy ihre Wirkung zeitigen. Wenn allerdings einer der gegenwärtig wachsten Beobachter und anregendsten Deuter der politischen und historischen Entwicklungen, Herfried Münkler, in einem jüngst veröffentlichten Aufsatz über die Zukunft der Demokratie schreibt: „So sind Demokratien selten in der Lage, gespaltene Gesellschaften wieder zu vereinen, sondern bilden im Ergebnis der Wahl zumeist nur die Spaltung ab und vertiefen sie dadurch“ (Münkler, Verkleinern und Entschleunigen oder die Partizipationsformen neu arrangieren?, In: Die Zukunft der Demokratie, Hg. von Graf/Meier, 102), dann sollten wir – ohne gleich Weimar heraufbeschwören zu wollen oder sollen – aufmerksam die gesellschaftlichen Transformationen im sozialen wie im kulturellen Bereich der letzten Jahre betrachten.

Dabei ist es aber zu einfach, für alles Facebook oder Twitter als Sündenböcke zu brandmarken. Diese Ursachen-„Forschung“ dient erkennbar als Umgehungsstrategie, weil sie davon ablenkt, Ursachen für die zentrifugalen Entwicklungen auch im Eigenen zu identifizieren und nötige Anstrengungen zu ihrer Beseitigung dort zu ergreifen. Negativ formuliert, um der Gefährdung des Sozialkitts der Mehrheitsgesellschaft willen oder positiv formuliert, um der Kultivierung ihrer noch immer starken Solidaritäts- und Bindungskräfte willen, erscheint es mir entscheidend, genauer zu verstehen, warum wir all die erwähnten beunruhigenden Entwicklungen und Stimmungen vorfinden. Nach dem Durchgang durch einige der Deutungsangebote zu der gegenwärtigen Gesellschaftskrise, der mit einem eigenen Resümee endet, möchte ich Elemente ei-

ner ihr begegnen könnenden Solidarität skizzieren, die auch durch die großen Erregungen der on-life-Welt hindurch tragen kann und die ich deshalb Solidarität 4.0 nennen möchte.

## II.

Zur Deutung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisensyndromatik genießen Populismus-Theorien Hochkonjunktur. Dieser Ansatz leuchtet ein, weil man in seinem Spiegel oft den Verlust des gesellschaftlichen Kitts beschreiben kann. Gegenwärtig ringen vor allem drei Deutungscluster um die Meinungs- und Medienhoheit: ein teils kulturell, teils ökonomisch formatierter Modernitätsverlierer:innen-Ansatz, ein explizit kulturalistischer Ansatz und ein Ansatz der sog. Politischen Ökonomie.

Der Modernitätsverlierer:innen-Ansatz sieht die Ursache des steigenden Populismus darin, dass immer mehr Menschen in und mit der durch vorwiegend ökonomische, aber auch kulturelle Globalisierung verschärften Moderne nicht mehr zurechtkommen. Alte Industrien mit ihrer in ihren Milieus verankerten Arbeiterschaft brächen weg, untere, wenig sinnstiftende und schlecht entlohnte Arbeiten im einfachen Service-Bereich würden alternativ angeboten, eine hohe Volatilität solch nicht spezifisch qualifizierter „Jobs“ führe zu einer gefährlichen sozialen Spreizung. Nach dieser Deutung rekrutiert sich das populistische Milieu vor allem aus der Gruppe von Menschen in prekären Lebensverhältnissen, von Schlechtqualifizierten, von gering Entlohnerten sowie von sog. Bildungsfernen und drückt sich in einer diffusen Wut dieser Gruppe auf die als Singularetantum begriffene „Elite“ aus. Das stärkste Argument gegen diese auf den ersten Blick plausible Hypothese – darauf hat Philip Manow, auf den zurückzukommen sein wird, hingewiesen – liegt schlicht darin, dass die Datenlage sie jedenfalls für Deutschland nicht bestätigt. Die ohne Zweifel als rechtspopulistische und in Teilen als rechtsextrem zu bezeichnende Partei AfD hat bspw. ihre Wahlerfolge keineswegs im sog. Prekariat, sondern bei durchschnittlich bis überdurchschnittlich gut entlohnerten Menschen.

Nach der zweiten Deutungsvariante, der kulturalistischen, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt durch einen neuen Klassen- resp. Milieukampf gefährdet. Nicht mehr an der klassischen

Links-Rechts-Unterscheidung entzündeten sich die politischen Gegensätze. Vielmehr tue sich ein neuer Agonismus auf: Ein avantgardistisch-akademisches, urbanes, oft kulturschaffendes Milieu von Globalist:innen, Kosmopolit:innen, sog. „Anywheres“ (D. Goodhart) – auch als GALs (grün, alternativ, liberal) bezeichnet – habe dem bis dato prägenden Milieu der sich nach Übersichtlichkeit und Bindung sehnenenden „Somewheres“, der sog. Mittelschicht mit ihren Normalbiographien, ihre gesellschaftliche Bedeutung genommen und damit bei dieser sich nun verkannt fühlenden Schicht verstärkten Anlass zu Rückbesinnung auf heimatliche Bindung, Tradition und Nation geschaffen – weshalb diese Gruppe auch mit dem Akronym TAN (traditionell, autoritär, national) charakterisiert wird. Aus dem Protest gegen eine neue kulturelle Avantgarde, die gar nicht unbedingt mehr die ökonomische Elite sei, sei – teils in radikaler Zuspitzung – der Populismus zu begreifen. Protagonist dieser Deutung ist Andreas Reckwitz mit seiner preisgekrönten Studie „Die Gesellschaft der Singularitäten“. Wenn noch ein Vermögensmillionär zu der Mittelschicht der mal liebevoll, mal ironisch als „nivellierte Mittelschichtsgesellschaft“ (H. Schelsky) bezeichneten Gesellschaft dazu gehören will, zeigt dies die Bedeutung dieses (noch) breiten Milieus, das die Kulturierung, Motivation und Reproduktion von Demokratie, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft bei uns in Deutschland wirksam und kontinuierlich geprägt hat und noch immer prägt. Ihr Motto: „Nicht auffallen wollen“ scheint in Zeiten, in denen auffallen, besonders, ja singulär sein zu wollen – deshalb der Titel der Studie: „Gesellschaft der Singularitäten“ – zur Ideologie wird, an Strahlkraft verloren zu haben. Wenn nicht mehr so sehr Facebook, sondern das Selbstdarstellungs-Social-Medium Instagram sich anschickt, mehr und mehr das Leit-Social-Medium zu werden, dann wird das Modell der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ zum alten Eisen gelegt. Reckwitz selbst schreibt: „Der vorgebliche normale Lebensstil des Mittelstandes ist nun nicht mehr allgemeingültig, er ist nicht mehr Mitte und Maß, sondern lediglich Mittelmaß, wenn auf der einen Seite der singularistische Lebensstil der Akademikerklasse floriert und auf der anderen Seite die neue Unterklasse der gesellschaftlich ‚Abgehängten‘ droht.“ (Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten, 282)

Ulrich Lilie hat diesem Gefühl, nicht mehr Main-

stream sein zu können, die prägnant sich zu merkende wie semantisch zweideutige Kurzformel „Unerhört!“ gegeben und mit der Diakonie eine Kampagne gestartet, dem unerhörten „kleinen Mann“ wieder mehr Gehör zu verschaffen, sprich: anzufangen, ihm zuzuhören. Zuzuhören ist eben eine Frage des Respekts, der Anerkennung. Es ist aber auch – prosaisch gesprochen – schlicht eine Frage politischer Klugheit, nicht noch mehr Menschen das Gefühl zu vermitteln, ungehört und nicht wertgeschätzt zu sein – obwohl sie das Rückgrat dieser Gesellschaft sind.

Im urbanen Akademiker- und Medienmilieu erfreute sich Reckwitz' Studie großer Beliebtheit, bediente sie vermutlich bisher nicht so deutlich und offensiv artikulierte Selbsteinschätzungen eigener Superiorität, die man nun gelassen und offen behaupten konnte, selbst wenn man ökonomisch nicht zur Elite der Gesellschaft gerechnet werden kann. Zugleich eignet dieser Gegenwartsdiagnose zumindest implizit ein gewisser distanzierter Besorgnismodus, so dass man immer noch die im kulturellen Gedächtnis der Deutschen verankerte Mittelschichtsnorm indirekt achten und doch am Ende übertrumpfen kann.

Wie schon bei der Modernitätsverlier:innen-These muss bei diesem kulturalistischen Ansatz gefragt werden, ob er sich empirisch einigermaßen halten lässt. Das Hauptargument gegen Reckwitz und Co. lautet nach dem jüngst erschienenen Buch „Die politische Ökonomie des Populismus“ des Politologen Philip Manow schlicht: Der kulturalistische Ansatz könne nicht im Ansatz die politische Diversität des Populismus erklären. Zwar leugnet Manow nicht, dass auch kulturelle Symbolisierungen dazu beitragen, den Populismus zu intensivieren. Den eigentlichen Grund für den Populismus sieht Manow aber vor allem in einem Globalisierungsprotest, der jedoch nach einer regionalen Varianz differenziert werden muss: In den Regionen Europas, die stark von der „grenzüberschreitende[n] Bewegung von Gütern und Kapital“ (Manow, Die politische Ökonomie des Populismus, 113) geprägt sind, identifiziert Manow eine Zunahme und Stärkung rechtspopulistischer Positionen, was er sich damit erklärt, dass die in diese vergleichsweise wohlhabenden Regionen drängenden Migranten als Bedrohung der erreichten Standards angesehen werden. In europäischen Ländern dagegen, deren Stellung in der Weltwirtschaft eher als schwach eingestuft werden

kann, artikuliere sich der Protest linkspopulistisch, weil „das“ Wirtschaftssystem „des“ globalen Kapitalismus im Mittelpunkt der Kritik stehe. Die regionalen Differenzen ließen sich in Deutschland so deuten: Besonders starke Wahlergebnisse, insbesondere bei der letzten Bundestagswahl, erzielte die rechtspopulistische, in Teilen rechtsextreme Partei AfD im Süden West- und Ostdeutschlands, während sie im Norden und Westen der Republik nicht so starke Gewinne erlangte. Im Rahmen seiner ökonomischen Betrachtung politischer Einstellungen und Entscheidungen erklärt sich Manow diese Differenz damit, dass vor allem schon einmal durch eigene Arbeitslosigkeit oder von Arbeitslosigkeit im Nahumfeld geprägte, von Abstiegsängsten und Statusverlust sich bedroht fühlende Männer in tendenziell noch immer industriell geprägten Regionen ihren Lebensstandard gegen vermeintliche Eindringlinge zu verteidigen suchten. Manows politisch-ökonomische Analyse kann zwar gut erklären, warum es tendenziell Unterschiede im Rechts-Links-Populismus gibt, deutet aber das kausale Abhängigkeitsverhältnis zwischen Ökonomie und Kultur zu einseitig. Nicht erklären kann er mit dieser einseitigen Abhängigkeitsthese, warum auch in anderen Regionen und bei anderen Milieus als den vom ihm identifizierten vornehmlichen Trägergruppen der Anteil populistischer Positionen noch immer hoch ist und, ob nicht auch ein Motivkonglomerat und Ursachenbündel die Unzufriedenheit erklären kann. Mir scheint, dass in Zeiten, in denen nicht mehr (ehemals) dominante Medien öffentliche Diskurse kanalisieren können und stattdessen via Social Media jeder zum Verbreitungsmedium werden kann, beachtet werden muss, dass man bei diesem Motivkonglomerat den durch Social Media induzierten Emotionalisierungseffekt in Rechnung zu stellen hat und daher sehr wohl auch kulturelle Gründe wie Abstiegsängste oder Eliten-Bashing eine Rolle spielen können.

### III.

Gerade wenn man gewillt ist, nicht nur zurück, sondern gestaltungsbereit nach vorne zu blicken und dabei eben auch die spezifische Form von emotionalisierter Aufmerksamkeit zu berücksichtigen hat, bietet es sich an, die jeweiligen Diagnosen (auch hinsichtlich der damit kommunizierten „gefühlten“

Erwartungen und Erwartungserwartungen [N. Luhmann]) ernst zu nehmen und vor entsprechenden Vereinseitigungen zu warnen. Denn der Durchgang durch die verschiedenen Deutungen zu den Krisensyndromen der Gegenwart zeigt: Es sind (reale und „gefühlte“) ökonomische und kulturelle Gründe, die zum Phänomen des Populismus beitragen. Die Verbindung sowohl aus dem Gefühl mangelnder Anerkennung als auch – bei immer plötzlicher hereinbrechen könnendem Arbeitsplatzverlust – aus dem Gefühl mangelnder sozialer Sicherheit sowie die Beschleunigung und Intensivierung dieser Krisensyndromatik durch die sog. digitale Medienwirklichkeit bildet zusammen das „toxische Gemisch“ für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aus ihm heraus wird dann nach einfachen Scheinlösungen geschrien, und es werden andere niedergebrüllt.

Wenn die Krisendiagnose im Anschluss an Reckwitz nach Anerkennung und im Anschluss an Manow nach Umverteilung ruft, dann klingt dies wie die Wiedervorlage einer zweipoligen Denkfikur, die vor knapp 20 Jahren schon einmal in einer Kontroverse zwischen Axel Honneth und Nancy Fraser traktiert wurde. Die damalige Auseinandersetzung trug leider wenig Früchte, denn sowohl Honneth als auch Fraser ließen sich nicht darauf ein, die jeweils eigenen Definitionen auf die des anderen Protagonisten zu überschreiten. In Honneths umfassender Anerkennungsdefinition war es stringent, Umverteilung geltungstheoretisch als sekundär zu bezeichnen, während Frasers engerer, eher kulturalistisch geprägter Anerkennungsbegriff nicht die Weite des Honneth'schen Begriffs besaß und daher folgerichtig auf einer normativen Geltungsstufe mit Umverteilung zu stehen kam. Unterstellt man für die hiesigen Zwecke die Fraser'sche Heuristik, dann kann man angesichts der skizzierten Deutungen zum schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhang fragen: Wie schafft man es, sowohl Anerkennungsdefizite zu adressieren als auch Verteilungsmechanismen zu berücksichtigen, damit kulturell geprägten Anerkennungserwartungen nicht ins Leere laufen?

Unter den sozialen Verbindlichkeitsstandards scheint mir für dieses Bündel an gesellschaftlichen Herausforderungen die Solidarität die angemessene zu sein, weil sie eine Zwischenstellung zwischen Liebe und Gerechtigkeit einnimmt. Diese Zwischenstellung ist einerseits problematisch, weil

sie immer einseitig zur einen oder anderen Seite ausgelegt werden kann. Sie bietet aber auch eine Chance, denn sie kann – angemessen initiiert und getriggert – Emotion und Bindung einschließen, aber anders als Liebe und Fürsorge einen gerechtigkeitsorientierten Verpflichtungsgrad mit sich führen, der über enge face-to-face-Kontexte hinausreicht. Das gilt jedenfalls dann, wenn man unter Solidarität die Bereitschaft zur Unterstützung, verstanden als Hilfe, aber auch Befähigung für solche, mit denen wir eine Verbindung in einer relevanten Hinsicht anerkennen, begreift. Je nachdem, welche relevanten Hinsichten als solidaritätseröffnend und -aufrechterhaltend entdeckt und beworben werden, kann eine Verpflichtungsdynamik angesprochen werden, die den jeweiligen engen Kreis weitet. So verstandene Solidarität sprengt damit a priori Tribalismen – diesen Effekt kann man immer dann beobachten, wenn via Medien und auch via Social Media Menschen die Not von anderen – im wahrsten Sinne des Wortes – anspringt, auch wenn sie nicht zu den erwartbaren primären Solidaritätskandidaten wie Glaubensgeschwistern, Arbeitskolleg:innen und Interessensgenoss:innen gehören. Unter den Bedingungen verschärfter Digitalkommunikation sind folglich zwei Fragen zu beantworten: Welche Solidarität schafft es kulturell zu weiten, zu motivieren und zu binden? Und dann: Welche Verteilungsmechanismen müssen berücksichtigt werden, damit solche kulturellen Anerkennungserwartungen nicht ins Leere laufen? Beginnen wir mit der ersten Frage: Welche Solidarität schafft es kulturell zu weiten, zu motivieren und zu binden? Sollen die Solidaritätsbanden den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht aus den Augen verlieren, so müssen alle Solidaritätsformen, in denen eine Gruppe sich zu DEM Volk, DEM Souverän erklärt, sei es aus Verlusterfahrungen, Abstiegsängsten oder Ressentiment, fragwürdig erscheinen. Denn niemand vertritt exklusiv DAS Volk und hat das Recht, andere grundsätzlich von der Teilhabe an Gesellschaft, Volk oder Regierung auszuschließen. Pluralität ist in jeder Gemeinschaft, in jeder Region, in jedem Staat ein Fakt, mit dem es sich – und sei es schmerzhaft – zu arrangieren gilt – selbst eine Partei wie die AfD ist ja erkennbar intern hochgradig plural aufgestellt – daraus könnte man Schlussfolgerungen für den Umgang mit „DEN anderen“ ziehen. Minderheitenschutz, reale Meinungs- und Religionsfreiheit sind *conditio sine*

qua non für eine Solidarität 4.0. Tribalismus und Wir-Volk-Mentalität gebrechen an der gerechtigkeits-theoretischen Grundlage jeder Solidarität: dem Ethos der auf der Menschenwürde aufruhenden Menschenrechte wie auch der Sensibilität, dass erfahrungsgesättigt durch check-and-balances Macht und Machtgelüste eingehegt werden müssen.

Aber wie soll eine solche sich weitende Kultur der Solidarität 4.0. unter Social Media-Bedingungen der großen Erregtheit gefördert und gestärkt werden? Noch kürzlich konnte man einen Artikel in der New York Times lesen, dass eine große und methodisch sehr ausgefeilte Studie in Amerika gezeigt hat: Nicht so sehr perfide Rationalisierung in verschwörungstheoretischer Absicht, sondern intellektuelle Trägheit fördert die Anfälligkeit für Fake News. Getrotzt werden muss dieser Sogwirkung emotionalisierter Aufmerksamkeit durch Kompetenzaneignungen im Umgang mit digitalen Medien (Mediennutzungs- und -reflexionskompetenz, Grundkenntnisse der Arbeitsweise von Big Data und KI, aber auch in Sozialpsychologie und Ethik) – all das hat Bernhard Pörksen mit gutem Grund vorgeschlagen. Weil die gesellschaftlichen Probleme im Umgang mit Vielfalt aber nicht in ihrer Intensivierung durch Social Media aufgehen, sollten wir nun auch wirklich ernst machen mit der in Sonntagsreden immer wieder geforderten Bildungsoffensive. Der komplizierter werdenden Lebenswelt und den kürzeren Halbwertszeiten spezifischer Kompetenzen ist deshalb in der Alltagspraxis Rechnung zu tragen, dass mittels eines klassischen Bildungskanons (Literatur und/oder Religion, Logik, Fremdsprachen, Musik und Sport) allgemeine Differenzkompetenz, Ambiguitätssensibilität, Resilienz im Umgang mit eigenen Begrenzungen, aber auch Kommunikations- und Empathiefähigkeit gefördert werden. All das ist nicht zum Nulltarif zu haben und verweist auf die Dialektik von Anerkennung und Umverteilung. Dass bei solchen Bemühungen selbstkritisch die von Michael Hartmann immer wieder erinnerte soziale Immobilität ebenso berücksichtigt werden muss wie die soziale Problemlagen auslagernden Strategien resp. In-Kauf-Nahmen kanalisiert werden müssen, denen Stephan Lessenich den trefflichen Titel „Externalisierungsgesellschaft“ gegeben hat, kann hier nur angedeutet werden. Zurecht hat Philip Manow darauf insistiert, dass

die Erklärung kultureller Abstiegsängste allein nicht ausreicht, um Populismus und schwindenden sozialen Zusammenhalt zu erklären. Vielmehr ist der Angst vor bereits erlebtem oder befürchtetem Verlust des sozialen Status zu begegnen, die in Deutschland bspw. dadurch bedingt ist, dass man trotz möglicherweise langjähriger Einzahlung in die Arbeitslosenversicherung nach nur einem Jahr auf ALG II-Niveau (vulgo: Hartz IV) fällt. Auch diese Angst muss, gerade in einer Gesellschaft, die aufgrund des in ihr vorhandenen proportional hohen Reichtums Handlungsspielräume besitzt, ernstgenommen werden, wenn man prospektiv den sozialen Zusammenhalt nicht weiter gefährden will. Entsprechend sind Umverteilungsmaßnahmen nicht zu vermeiden. Nur welche? Orientieren sollten sie sich nicht allein daran, dass der in Not befindliche Einzelne nicht (zu) schnell durch das Netz sozialer Sicherheit fallen darf. Zwar sind Standards des – gerade in Karlsruhe verhandelten – soziokulturellen Existenzminimums ebenso zu achten wie die Befähigung zur Reintegration in den noch immer Anerkennung gewährenden Erwerbsarbeitsprozess effektiv umzusetzen ist. Aber solche Maßnahmen müssen eingebettet sein in einen größeren gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess, der nicht darin aufgehen sollte, Einzelne in ihrer sozialen Not zu unterstützen. Dafür sind die Zeiten zu krisenhaft.

Gerade wenn man die digitale Transformation in Gestalt von Big Data und KI ernstnimmt, wird man die Sicherung des sozialen Status viel proaktiver gestalten müssen. Diese Transformation wird vermutlich nicht so viele Arbeitsplätze kosten, wie anfangs, bspw. von Frey und Osborne, befürchtet. Aber die Angst, durch diese rasanten und disruptiven Entwicklungen nicht mehr qualifiziert genug für die Arbeitswelt zu sein und in Folge dessen für sich selbst und sein familiäres Umfeld Lebensplansicherheit zu verlieren, wird zunehmen. Ihr muss mit kreativen Modellen wie Arbeitszeit- und Qualifizierungskonten, wie im auch diskursiv vorbildlichen Prozess der Erstellung des Weißbuchs Arbeit 4.0 der letzten Bundesregierung, begegnet werden. Eine sich wie ein Mehltau über das Land legende Angst hemmt Kreativität und Innovationsbereitschaft. Nebenbei: Solange Menschen ihr eigenes Selbstwertgefühl über Arbeit, und ich sage ausdrücklich auch: über Erwerbsarbeit, definieren – und ich sehe auf absehbare Zeit

keine Änderung dieser Einstellung –, kann ich nicht erkennen, dass der Gedanke eines bedingungslosen Grundeinkommens dazu beiträgt, Selbst- und Fremdanerkennung, Kreativität und gesellschaftliche Wohlfahrt auszubalancieren. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass nicht intensivst nach neuen Formen der Anerkennung von Familienarbeit und zivilgesellschaftlichem Engagement sowie einer besseren work-life-balance gesucht werden muss, die in Einklang mit den genannten individuums- und gesellschaftsbezogenen Kriterien zu bringen sind.

Weil die Mittelschicht nicht nur aus dem sich überlegen fühlenden urbanen, sich avantgardistisch gebenden Akademikermilieu besteht, empfiehlt sich – auch durch das finanzielle Engagement des Staates –, in und durch die Unterschiedlichkeit von Milieus, aber auch unter Beachtung der teils gravierenden strukturellen und kulturellen Stadt-Land-Differenzen hindurch die Formel von der Gleichwertigkeit (nicht der Gleichheit!) der Lebensverhältnisse wieder deutlicher als politischen Orientierungsmarker zu beachten. Deutschlands ökonomische, technische und geistige Stärke erwuchs in einem komplexen soziopolitischen und kulturellen Prozess seit Jahrhunderten daraus, dass geistige, technische und ökonomische Kreativität und Innovation nicht nur auf die vermeintlichen Zentren und Metropolen konzentriert waren, sondern sich auch in der sog. Provinz entwickelten. Will man diesen USP der deutschen Kultur und Wirtschaft unter Digitalisierungsbedingungen, und das heißt, unter globalen Wettbewerbsbedingungen, beibehalten, ist der Ausbau der digitalen Infrastruktur – bis hin zu der sprichwörtlich gewordenen letzten Milchkanne – ein Gebot der Stunde. Wer hier bummelt, riskiert unverantwortlich die mit dynamischer Dezentralität ausgestattete Volkswirtschaft, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Weil das Recht auf eine effektive Teilnahme an der digitalen Welt in den Rang eines Menschenrechts rückt, muss der Staat, der aus nachvollziehbaren Gründen viele Infrastrukturdomänen privatisiert hat, den entsprechenden Digitalausbau gewährleisten – und sei es durch entsprechende Regularien und Ausfallbürgschaften.

Wenn nicht Gleichheit, sondern die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse Sozialkohäsion und Integrationsbereitschaft fördert und stärkt, muss

das zur digitalen Infrastruktur Gesagte für die öffentliche Infrastruktur generalisiert werden. Es ist zu vermuten, dass große Teile der von Reckwitz beschriebenen zwei antagonistischen Mittelschichten – insbesondere dort, wo man es sich leisten kann – auf einige wenige Euro Individualförderung, vulgo: Kindergeld oder Steuersenkungen, verzichten würden, wenn – pars pro toto gesprochen – die Schultoiletten funktionieren, das Mensaessen schmackhaft und nährreich wird, Hallenbäder, Kulturräume, Jugendclubs und ÖPNV noch vorhanden sind und die Bahn häufiger pünktlich fährt. Bei der Infrastruktur anzusetzen, dürfte der Masterplan für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, für eine global engagierte Volkswirtschaft und das Zusammengehörigkeitsgefühl im Lande sein.

Diese keineswegs abgeschlossene Liste gegenwärtiger Defizite und zukünftig dringend nötiger Aufgaben orientiert sich gewiss nicht an irgendeiner partei- und interessengruppengeleiteten Agenda. Vielmehr soll sie über die zuvor erwähnte Anerkennungsdimension Rahmenbedingungen für staatliche Verteilung, vornehmer ausgedrückt: für volkswirtschaftlich relevantes, staatliches Investment benennen. Wenn man eine Perspektive der sozialen, der ökonomischen und auch der ökologischen Nachhaltigkeit und Zukunftsverantwortung einzunehmen bereit ist, erscheint es nachgerade unbegreiflich, warum angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Fliehkräfte nicht (an)erkannt wird, wie dringlich dieses Aufgabenportfolio angegangen werden muss. Die Zeit für parteipolitische Eigeninteressen ist angesichts der Größe der gegenwärtigen Herausforderungen vorbei.

#### IV.

Weder mit einem radikal skeptischen oder gar pessimistischen Ausblick will ich schließen. Ein Buchtitel des englischen Intellektuellen Terry Eagleton ist mir für die Deutung der Gegenwartsverhältnisse zum Motto geworden: „Hoffnungsvoll, aber nicht optimistisch“. Ich will – in evangelisch-theologischer Manier (des peccator in re, iustus in spe) – ihn umdrehen: „Nicht optimistisch, aber hoffnungsfroh.“ Warum bin ich – neben der Glaubenshoffnung, dass da „eine feste Burg“ starke Zuversicht schenkt: „es soll uns doch gelingen“ – auch im Bereich des Weltlichen, des „Vorletzten“ (D.

Bonhoeffer) noch immer hoffnungsfroh? Ich bin es, weil trotz des großen Bündels der gegenwärtigen Probleme viele Deutsche noch immer Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt schätzen und suchen. Das hat uns vor etwas mehr als einem Jahr die umfassende Studie „Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017“ der Bertelsmann Stiftung gezeigt. Sie legt offen: Ja, es gibt allerlei Sorgen und Nöte, vor allem mit Blick auf Gerechtigkeitsfragen – übrigens weniger mit Blick auf Integrationsfragen. Aber die Studie identifiziert drei Dimensionen mit je drei Unterdimensionen, die entscheidend sind, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Sie sind zu wichtig und zu schön, am Ende nicht genannt zu werden: 1. Soziale Beziehungen: Dazu zählt die Studie soziale Netze, Vertrauen in Mitmenschen und Akzeptanz von Diversität; 2. Verbundenheit: Diese Dimension umfasst nach der Studie die Identifikation mit dem Gemeinwesen, ein Vertrauen in die gesellschaftlichen und politischen Institutionen und das Gefühl gerecht behandelt zu werden. 3. Gemeinwohlorientierung: Diese beinhaltet Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln und gesellschaftliche Teilhabe. Man mag an die Zusammenstellung und Zuordnung inhaltliche und methodologische Rückfragen stellen. Das ändert nichts daran, dass mit den genannten Dimensionen die exakt richtige Richtung eingeschlagen ist: Soziale Beziehungen, Verbundenheit und Gemeinwohlorientierung kultivieren den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Damit er gegen die Geister der Spaltung in der onlife-Welt besteht und wächst, bedarf es einer Solidarität 4.0. Sie umfasst kulturelle Anstrengung ebenso wie finanzielles Investment oder alteuropäisch formuliert: Umverteilung und Anerkennung. Wird das bald realisiert, bleibe ich auch im Vorletzten hoffnungsfroh.

## Bevölkerungsvielfalt – jenseits von Ethnizität

### Erkenntnisse aus dem Berliner Schlossgespräch und dem 8. Berliner Demografie-Forum 2019<sup>1</sup>

#### Einführung

Bevölkerungsdiversität ist einer der wichtigsten Zukunftstrends unserer Gegenwart: Unsere Städte haben heute eine zunehmend heterogene Bevölkerung, nicht nur hinsichtlich ihres ethnischen Hintergrunds, sondern etwa auch mit Blick auf den sozioökonomischen Status, die Familiensituation oder den Bildungsstand der Einwohnerinnen und Einwohner. Für die Politik resultieren daraus wachsende Anforderungen, etwa bei der Bereitstellung einer Infrastruktur, die diesen Veränderungen in der Bevölkerung gerecht werden muss (unter anderem in den Bereichen Wohnungsbau, Bildung, Gesundheit und soziale Dienste, beim Öffentlichen Personennahverkehr oder beim Internetzugang), aber auch mit Blick auf die Schaffung nachhaltiger Arbeitsmarktperspektiven, Chancen für politische Teilhabe und eine angemessene soziale Sicherung. Dies gilt auch für ländliche Regionen, in denen die Herausforderung vor allem darin besteht, Arbeitsplätze, soziale Dienstleistungen und nachhaltige Infrastruktur auch dort bereitzustellen, wo die Bevölkerung zahlenmäßig abnimmt oder räumlich stark verteilt lebt.

Die verschiedenen Facetten des Themas Bevölkerungsvielfalt standen am 21. und 22. Januar 2019 in der ESMT European School of Management and Technology Berlin im Zentrum von zwei miteinander verbundenen Veranstaltungen: Das „Schlossgespräch“ am ersten Tag, veranstaltet vom Förderfonds Wissenschaft in Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin, dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung, dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, der Hertie School of Governance und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, hatte das Ziel, Bevölkerungsvielfalt aus einer wissenschaftlichen Perspektive zu beleuchten. Am zweiten Tag brachte das „Berliner Demografie-Forum“ (BDF) Expertinnen und Experten aus Forschung, Politik und Zivilgesellschaft zusammen, um die sozialen Folgen der Bevölkerungsvielfalt in Europa zu diskutieren.

## Bevölkerungsvielfalt ist mehr als Ethnizität

Beim Schlossgespräch sprachen die Referentinnen und Referenten verschiedene Forschungsfragen zum Thema Bevölkerungsvielfalt an. Diese reichten von ethnischen bis zu spezifischeren Aspekten regionaler, familiärer und genetischer Diversität.

Frans J. Willekens, Honorary Fellow am Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute in Den Haag, diskutierte in seinem Vortrag theoretische Aspekte des Begriffs Bevölkerungsdiversität und hob hervor, dass diese Vielfalt hauptsächlich auf den beiden Faktoren Heterogenität und Mobilität beruhe. Anette Fasang, Professorin für Mikrobiologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, untersuchte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und ethnischen Vielfalt in den Vereinigten Staaten. Philipp Lersch, Professor für Soziologie der Sozialpolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin, diskutierte die Situation der Familien und dabei insbesondere, wie unterschiedliche Familienstrukturen die Chancen von Kindern auf Wohlstand im Erwachsenenalter beeinflussen. Der Vortrag von Emilio Zagheni, Direktor am Max-Planck-Institut für demografische Forschung, erläuterte die Notwendigkeit genauerer Migrationsdaten, um die ethnische Vielfalt besser analysieren zu können, und stellte Forschungsergebnisse vor, die hierzu aus digitalen Datenspuren („Big Data“) gewonnen werden können. Heike Klüver, Professorin für Politisches Verhalten im Vergleich an der Humboldt-Universität zu Berlin, präsentierte ihre Untersuchungen zur (fehlenden) Vielfalt in den politischen Parteien, insbesondere in Deutschland, und zu den Bemühungen der Parteien, Wähler und Wählerinnen von rechten Parteien (zurück) zu gewinnen. Melinda Mills, Direktorin des Leverhulme Center for Demographic Science und Nuffield Professor an der University of Oxford, machte auf die Notwendigkeit aufmerksam, auch genetische Faktoren bei der Entwicklung von Diversität in Betracht zu ziehen. Ihre Forschungsergebnisse deuten beispielsweise darauf hin, dass Menschen mit einer bestimmten genetischen Disposition Kinder häufig erst später im Lebensverlauf bekommen. Norbert F. Schneider, Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, wies darauf hin, dass die häufig vorgebrachten Unterschiede zwischen Ost/West und Stadt/Land ange-

sichts der großen regionalen Diversität in Deutschland nicht überschätzt werden sollten.

Auch das Berliner Demografie-Forum am folgenden Tag nahm das Thema Vielfalt auf, fokussierte sich dabei aber stärker auf die daraus resultierenden Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, sozialer Ungleichheit, Integration sowie sozialem Zusammenhalt.

In mehreren Redebeiträgen wurde eine stärkere Berücksichtigung der Bevölkerungsvielfalt seitens der Politik angemahnt, zumal diese im Laufe der Zeit noch weiter zunehmen werde. Anderenfalls werde man die sich wandelnden Bedürfnisse der Bevölkerung auf lange Sicht nicht erfüllen können. Gesellschaften von hoher Diversität benötigen also entsprechend angepasste politische Strategien, welche die Probleme der sozialen Ungleichheit und der ungleichen Lebensverhältnisse ernst nähmen und gleichzeitig darauf abzielten, den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Dabei müsste man sich stärker am gesamten Lebensverlauf ausrichten und die gesellschaftliche Integration aller Einwohnerinnen und Einwohner (unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft) befördern.

In vier Round Tables diskutierten über 60 Expertinnen und Experten, darunter neben Wissenschaftlerinnen auch politische Entscheidungsträger und Vertreterinnen der Wirtschaft sowie von Organisationen der Zivilgesellschaft, wie moderne Gesellschaften sich angemessen und zukunftsfähig auf den Zukunftstrend Bevölkerungsvielfalt einstellen könnten. Die wichtigsten Thesen, die die Experten dabei diskutiert und erarbeitet haben, sind im Folgenden zusammengefasst:

#### Vielfalt des Lebensverlaufs

Eine sinnvolle Gestaltung der sich aus der Bevölkerungsvielfalt ergebenden politischen Herausforderungen sollte sich künftig mehr am Lebensverlauf orientieren, das heißt, sie sollte sich verstärkt auf die verschiedenen Lebensphasen eines Individuums konzentrieren. Biografien verlaufen heute nicht mehr so geradlinig, wie dies das traditionelle Modell mit den drei grundlegenden Lebensphasen Bildungserwerb, Arbeitsleben und Ruhestand in

der Vergangenheit oft nahezu legen schien. Unsere Lebensverläufe haben sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich verändert, sind individualisierter und vielfältiger geworden. Die Fähigkeit, das eigene Leben selbständig zu strukturieren, führt für die Einzelperson nicht nur zu mehr Auswahlmöglichkeiten, sondern ist auch mit einem größeren Maß an Unsicherheit verbunden, wobei in Bezug auf die Erwerbsbiographie insbesondere die Ausweitung von temporären und prekären Beschäftigungsverhältnissen angesprochen wurde. Dies bedeutet, dass unsere Gesellschaft Wege finden muss, wie sie Menschen mit jeweils unterschiedlichen Ausgangsbedingungen unterstützen kann, um ihnen in jedem Lebensstadium gleiche Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren. Unter anderem sollte dies in der frühen Kindheit den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Vorschulerziehung einschließen. Im höheren Alter sollten etwa im Rentensystem die Benachteiligung von Frauen oder ärmeren Bevölkerungsschichten beim Erwerb von Rentenanwartschaften stärker berücksichtigt werden.

Insbesondere äußerten die Teilnehmenden sich besorgt darüber, wie stark sich die Ausgangsbedingungen in jüngeren Lebensjahren und die individuellen Entscheidungen im weiteren Lebensverlauf immer noch auf die spätere Lebenssituation im Alter auswirkten. Des Weiteren wurde diskutiert, dass bei der im Zuge der Reform des Rentensystems diskutierten Verlängerung des Arbeitslebens die soziale Ungleichheit unter Menschen im Rentenalter noch zunehmen könnte, da diejenigen, die länger arbeiten können, meist auch über höhere Einkommen verfügten und insofern deutlich besser gestellt wären gegenüber Menschen mit geringeren Einkommen, die zum vorgeschriebenen Renteneintrittsalter oder sogar vorzeitig in den Ruhestand gehen. Einzelne Teilnehmende äußerten insofern Bedenken gegenüber Reformansätzen, die lediglich auf der allgemeinen Lebenserwartung und einem angenommenen Durchschnittserwerbstätigen basierten, da Ungleichheiten in einer von zunehmender Diversität geprägten Bevölkerung dabei nicht berücksichtigt würden. Insgesamt stimmten die Teilnehmenden darin überein, dass die demografische Struktur der Gesellschaften nicht das eigentliche Problem sei, sondern es vielmehr darum gehe, wie politische Reformen die sich verändern-

de Zusammensetzung der Bevölkerung aufgreifen würden.

Was bedeutet eine gerechte Verteilung der Ressourcen?

Von einzelnen Diskutanten wurde betont, dass staatliche Interventionen darauf gerichtet sein müssen, Unterschiede zwischen Individuen, die sich aus einer ungleichen Verteilung von Ressourcen ergeben, zu verringern. Wie kann man jedoch eine gerechtere Ressourcenallokation in der Gesellschaft erreichen? Die Expertinnen und Experten betonten die Bedeutung der Chancengerechtigkeit. Als zentrale Herausforderungen wurde dabei die Angleichung regionaler Unterschiede bei Dienstleistungen und im Bereich der Infrastruktur (z. B. Schulen, Internetzugang, Verkehr) – auch mit Blick auf kleinere und mittlere Städte – benannt. Die Fachkundigen waren sich auch darin einig, dass bei der Diskussion über eine Verbesserung der Infrastruktur die spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Region und das Feedback der Menschen vor Ort stärker berücksichtigt werden sollten, um der wachsenden regionalen Diversität gerecht zu werden.

Stärkere Beteiligung der Jugend am Zukunftsdialog

Eine weitere zentrale Forderung war, junge Menschen an politischen und gesellschaftlichen Diskussionen und wichtigen Entscheidungsprozessen aktiver zu beteiligen und den Dialog zwischen den Generationen zu befördern. Die jüngere Generation wird derzeit noch viel zu wenig in die Diskussion über Fragen des demografischen Wandels einbezogen, obwohl dessen Folgen sich in Zukunft massiv auf deren Leben auswirken werden.

Solidarität: Ein unrealistisches Ziel?

Ein solidarisches Miteinander der einzelnen sozialen Gruppen innerhalb einer Gesellschaft ist umso wichtiger, je stärker diese von Diversität und sozialen Konfliktlagen geprägt ist. Wie kann dies erreicht werden? Die Teilnehmenden verdeutlichten anhand verschiedener Beispiele, dass im Bereich der sozialen Mobilität und des Dialogs zwischen den verschiedenen sozialen Schichten deutlich

mehr erreicht werden könne. Dazu sei es beispielsweise wichtig, soziale Räume für den Dialog und die Interaktion zwischen den sozialen Schichten zu schaffen, sowie die Chancen auf Bildung und Arbeit weiter zu verbessern. Außerdem sollten sich Menschen über alle sozialen Schichten hinweg mehr an gesellschaftlichen Debatten beteiligen können. Je breiter der Dialog in der Gesellschaft geführt werde, desto eher wachse das Verständnis für Diversität im lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Zusammenhang, desto mehr könne die Politik aber auch dem Anspruch gerecht werden, die gesamte Gesellschaft zu repräsentieren.

Die Rolle der Bildung

Einige Diskussionsbeiträge betonten mit Blick auf das Thema Diversität und sozialer Zusammenhalt die alles entscheidende Bedeutung von Bildung. Hier müssten der freie Zugang zu allen Bildungsniveaus von den ersten Jahren der Kindheit an und lebenslanges Lernen sowie spezifische Bildungsangebote im Bereich zivilgesellschaftlicher Aktivitäten ermöglicht werden.

Integration – nicht nur für Einwanderer

Die Diskussionsteilnehmenden betonten die Notwendigkeit, für Zugewanderte den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Rechtsverfahren niedrigschwelliger zu gestalten. Dies würde eine schnellere Integration ermöglichen, da sie sich dann sowohl hinsichtlich der Chancengerechtigkeit als auch bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht diskriminiert fühlen.

Außerdem sollte in der gesellschaftlichen Debatte mehr auf die Gemeinsamkeiten und nicht nur auf die Unterschiede zwischen Einheimischen und eingewanderten Personen abgehoben werden. So ginge es bei Integrationsfragen nicht nur um die Zugewanderten, sondern vielmehr auch um Fragen der sozialen Ungleichheit, die alle Menschen in einem Land betreffen, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft.

Einige Diskutanten rieten dazu, im Prozess der Integration mehr Geduld zu üben und sich darauf einzustellen, dass man die Zugewanderten da-

bei auch länger unterstützen müsse. Wie aktuelle Studien zeigten, könnte es mehrere Generationen dauern, bis eine vollständige Integration erreicht sei, etwa in Bezug auf die Beherrschung der Sprache im Zuwanderungsland, die Integration in den dortigen Arbeitsmarkt oder einen Zugang zu adäquatem Wohnraum. Insgesamt waren sich die Teilnehmenden einig, dass die Integrationspolitik besonders auf lokaler und kommunaler Ebene stärker gefördert werden müsse. Der Wirtschaft sowie der Zivilgesellschaft vor Ort kämen dabei eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Nur so könne Vielfalt als Bereicherung erfahren und der soziale Zusammenhalt gefördert werden. Dies schließe auch die Medien ein, die bei der Integration beziehungsweise bei der Bekämpfung von Vorurteilen eine entscheidende Rolle spielen würden.

*Anm. 1: Wir danken Population Europe für die Überlassung eines englischen Konferenzberichts, der für die deutsche Ausgabe geringfügig überarbeitet wurde. Die Originalversion findet sich unter: <https://www.population-europe.eu/event-review/population-diversity-beyond-ethnicity>.*